

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

49. Sitzung
16. April 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.06 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Klaus Lederer (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Warum enthält die vom Senat dem Abgeordnetenhaus als Drucksache 19/3103 Ende März 2026 vorgelegte ‚Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit‘, (1) keine Umsetzungsplanung mit einem Zeitrahmen und Verantwortlichkeiten für die Umsetzung der Strategie, (2) keine Planung und Zuweisung von Ressourcen und (3) keinerlei Festlegungen zu Monitoring und Evaluation für die Überwachung des Fortschritts und zur Bewertung der Wirksamkeit der Strategie, um diese langfristig anzupassen, obgleich genau das laut den vom Senat vorgelegten ‚Begriffsklärungen‘ (S. 53 der Drucksache) zu den Bestandteilen einer Landesstrategie gehören soll?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt klar, dass die am 24. März 2026 beschlossene Landesstrategie keine „kleine IGSV“ sei. Im Mittelpunkt stünden Hasskriminalität, vorurteilsmotivierte Gewalt und Diskriminierung. Langfristig solle sie allen Politikfeldern als Grundlage staatlichen Handelns dienen, Orientierung geben sowie Sicherheit und Schutz von LSBTIQ+ Personen stärken und eine vielfältigen Gesellschaft strukturell verankern. Zukünftig

tige Senate seien verpflichtet, sich mit der Strategie zu befassen, Maßnahmen umzusetzen und Ressourcen einzuplanen. Erste Maßnahmen befänden sich bereits in der Umsetzung. Für 2026 und 2027 seien in Kapitel 1130, Titel 68406 weitere Mittel eingestellt. SenASGIVA werde entsprechend der Auflage des Hauptausschusses einen Umsetzungsplan vorlegen.

Die begleitenden Maßnahmen ersetzen einen Umsetzungsbericht bzw. ein Monitoring. Während die IGSV den grundlegenden Rahmen bilde, sei eine wissenschaftliche Begleitung der Landesstrategie durch Camino geplant. Für die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts seien Mittel bereitgestellt. Zudem solle ein Beirat die Umsetzung begleiten. Die Landesstrategie sei als Querschnittsaufgabe angelegt und müsse in allen Politikbereichen berücksichtigt werden.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) fragt, wie sich die IGSV und die Landesstrategie zueinander verhielten, da es inhaltliche Überschneidungen gebe. Könne die Senatorin nachvollziehen, dass der Eindruck entstanden sei, mit der Landesstrategie sei kurz vor der Wahl ein „Luftballon“ gestartet worden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) weist diesen Eindruck zurück. Es werde nach Lösungen gesucht. Gerade in sensiblen Bereichen sei eine enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft notwendig, und viele Maßnahmen befänden sich bereits in der Umsetzung oder in der Vorbereitung.

Jian Omar (GRÜNE) stellt die folgende vorab eingereichte Frage seiner Fraktion:

„In der Pressemitteilung vom 31.03.2026 der Senatskanzlei wird von einem Stellenaufbau und einer weiteren Planung zur Umsetzung des GEAS gesprochen. Welche konkreten Pläne hat die Senatsverwaltung für den Stellenaufbau und die Umsetzung des GEAS?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) hebt hervor, der geplante Personalaufwuchs sei positiv zu bewerten. Dafür sei lange gekämpft worden. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – LAF – leiste bereits aktuell gute Arbeit bei gleichbleibendem Personal. Vorgesehen sei zunächst ein Sockel von 47 unbefristeten Beschäftigungspositionen – 30 Registrierung, 13 Sozialdienst, vier Querschnittsaufgaben. Eine Verstetigung des Personalbedarfs solle auf Basis einer Evaluation im nächsten Doppelhaushalt erfolgen.

Jian Omar (GRÜNE) merkt an, dass die Bewertung vom tatsächlichen Stellenaufbau und den angewandten Standards abhängen. Wie könnten trotz Zeitdrucks im Screeningverfahren Fehlidentifikationen und das Übersehen von Schutzbedarfen – insbesondere bei traumatisierten Personen – verhindert werden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, die aktuellen Fallzahlen seien vergleichsweise niedrig, weshalb der Sockelbestand entsprechend prognostiziert worden sei. Bei steigenden Zahlen könne das Personal in Abstimmung zwischen LAF, SenASGIVA und SenFin schrittweise auf bis zu 81 Vollzeitäquivalente erhöht werden, die für die Bearbeitung von etwa 100 Ankommenden pro Tag erforderlich seien.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, dass sie sich am 8. April mit der Fachgruppe Betroffenenexpertise getroffen habe. Deren Perspektive fließe bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit ein. Die Mitglieder arbeiteten sowohl im Lenkungsgremium als auch in den thematischen Fachgruppen.

Eine Delegation von GREVIO – group of experts on action against violence against woman and domestic violence – habe Berlin besucht, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu überprüfen. Der letzte Bericht liege vier Jahre zurück. Aktuell erfolge eine thematische Evaluierung mit dem Schwerpunkt „Vertrauen schaffen durch Unterstützung, Schutz und Gerechtigkeit“. Nach Berlin würden drei weitere Bundesländer besucht. Ein ganztägiger Austausch mit anderen Senatsressorts und Strafverfolgungsbehörden habe am 15. April in ihrem Haus stattgefunden. Der Bericht werde voraussichtlich Ende 2026 erscheinen.

Am 15. April habe das Zentrum für Evaluation und Politikberatung – ZEP – eine Analyse zur Ausgangslage und Entwicklungsplanung für das Gewalthilfegesetz vorgestellt. Diese erfasse bestehende Schutz- und Hilfeangebote in Berlin, um Bedarfe zu bestimmen und ab 2032 einen Rechtsanspruch auf Gewaltschutz sicherzustellen.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE) erkundigt sich, wann der Referentinnen- bzw. Referentenentwurf dem Parlament vorliege. Werde das Anerkennungsverfahren für bereits bestehende Träger erleichtert? Wie werde der niedrigschwellige Zugang zu den Hilfesystemen gewährleistet? Welche Nachweise müssten dafür erbracht werden?

Sie begrüße ausdrücklich die geplante Erweiterung von Beratungsangeboten und Schutzunterkünften. Welchen Personalschlüssel gebe es aktuell in den Schutzeinrichtungen?

Claudia Engelmann (LINKE) fragt, ob der Gesetzentwurf gleichzeitig Parlament und Öffentlichkeit vorgelegt werde. – Welche drei weiteren Bundesländer besuche GREVIO?

Vorsitzende Ülker Radziwill erinnert daran, der Ausschuss habe sich darauf verständigt, dass zum Bericht des Senats kurze Fragen gestellt würden.

Claudia Engelmann (LINKE) stellt klar, dass sich ihre Fragen nicht auf das Gesetz, sondern auf die Analyse bezögen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dass sich das Gesetz derzeit in der Mitzeichnung befinde und zum 1. Januar 2027 in Kraft treten solle. Die Veröffentlichung der zugrunde liegenden Studie sei Ende Mai geplant. – GREVIO werde neben Berlin nach ihrer Kenntnis Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern besuchen.

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) betont, dass die Regelungen zur Anerkennung keine Träger ausschließen sollten. Weitere Details zum Gesetzentwurf könne sie derzeit nicht nennen. Es beschäftigten sich aktuell mehrere Gremien mit den Regelungen zur Trägeranerkennung.

Heike Rabe (SenASGIVA) hebt hervor, dass die Regelungen zur Trägeranerkennung ab 2028 gälten. Ziel sei es, die Trägervielfalt, die fachlichen Expertise und einen niedrighschwelligigen Zugang – auch für kleinere Träger – zu sichern. Zur Festlegung des Personalschlüssels hätten bereits zwei Workshops stattgefunden, zwei weitere seien im dritten Quartal geplant. Die Grundlage seien die Aufgabenbeschreibungen sowie ergänzend Vorlagen und Bundesstandards.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Geschlechtergerechte Digitalisierung sicherstellen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0161](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Istanbul-Konvention: Umsetzungsstand im
Gesundheitsbereich**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0058](#)
IntGleich

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention im
Gesundheitsbereich**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0016](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3007 Neu [0256](#)
**Verbesserung der gerichtsfesten Dokumentation und
Spurensicherung durch Berliner Krankenhäuser bei
körperlicher Gewalt** IntGleich
GesPflég(f)

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Antrag Drucksache 19/3007 Neu anzunehmen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der [0257](#)
Fraktion Die Linke IntGleich
Drucksache 19/3029 Recht(f)
**Psychosoziale Prozessbegleitung verbessern –
Betroffene von sexualisierter Gewalt nicht alleine
lassen**
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0104](#)
Psychosoziale Prozessberatung: Wann kommen IntGleich
Ausbau und Standards?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.06.2025

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Antrag Drucksache 19/3029 abzulehnen. Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz zugeleitet.

Vorsitzende Ülker Radziwill stellt fest, dass Punkt 6 b der Tagesordnung abgeschlossen sei.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0204](#)
Berliner Bedarfsplanung und Gesamtkonzept für IntGleich
den Ausbau der Helfelandschaft im Rahmen des
Gewalthilfegesetzes
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0029](#)
IntGleich

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2972
**Öffentliche Mittel, faire Löhne: Gender Pay Gap im
Zuwendungsbereich schließen**

[0253](#)
IntGleich
Haupt

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Antrag Drucksache 19/2972 abzulehnen. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird über den Hauptausschuss dem Plenum zugeleitet.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.